

ONLINE-PUBLIKATION

Mario Candeias

Portugal: Regierung gegen die Austerität

**Bilanz zum Ende
des Tolerierungsmodells**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse
der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 1/2022

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Februar 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

MARIO CANDEIAS

PORTUGAL: REGIERUNG GEGEN DIE AUSTERITÄT

BILANZ ZUM ENDE DES TOLERIERUNGSMODELLS

Die Niederlage der radikalen Linksparteien bei den portugiesischen Parlamentswahlen am 30. Januar 2022 muss wohl als historisch bezeichnet werden: Linksblock (Bloco de Esquerda, im Folgenden auch einfach nur Bloco) und Kommunisten (Partido Comunista Português/PCP, im Bündnis mit den Grünen als Coligação Democrática Unitária/CDU angetreten) erhielten jeweils lediglich 4,4 Prozent der Stimmen. Das ist das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der PCP seit der Rückkehr zur Demokratie in Folge der Nelkenrevolution im Jahr 1974 und das schwächste des Linksblocks seit 20 Jahren. Mit dieser Wahlniederlage ist auch das von vielen Beobachtern mit Spannung verfolgte Modell der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch radikale Linke beendet.

Im Jahr 2015 hatten beide Linksparteien – gestärkt durch die Massenproteste gegen die Austeritätspolitik und mit mehr als doppelt so hohen Wahlergebnissen im Rücken – mit einer Tolerierung einer von der sozialdemokratischen Sozialistischen Partei (PS) Minderheitsregierung begonnen, die sie erst im letzten Herbst aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit deren Politik mit der Ablehnung des Haushaltsentwurfes platzen ließen, weswegen es dann zur vorgezogenen Neuwahl kam.

Nach sechs Jahren Tolerierung liegen die radikalen Linksparteien nun am Boden und wurden erstmals von der neuen radikal rechten Partei Chega («Es reicht») überholt. Dabei war die von ihnen tolerierte PS-Regierung mit ihrer progressiven Sozial- und Arbeitsmarktpolitik keineswegs unpopulär gewesen. Nun konnte die PS sogar eine absolute Mehrheit der Parlamentssitze erzielen, während der Bloco 14 seiner vorher 19 Abgeordneten verlor und die PCP sich auf sechs Sitze halbierte. Wie mag diese Niederlage zu erklären sein? Zunächst ein Rückblick auf das in den ersten Jahren gelungene Modell einer Anti-Austeritätsregierung, aber auch auf die Fallstricke und Grenzen einer Tolerierung.

EIN RÜCKBLICK: DIE ABKEHR VON DER AUSTERITÄT

Die Sozialistische Partei Portugals hatte in den Jahren nach der globalen Finanzkrise 2008 ff. «den Kollaps ihrer Schwesterpartei Pasok in Griechenland vor Augen». Entsprechend häufig war in den Inter-

views, die Hilary Wainwright (2019) im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Abgeordneten, Minister*innen und Aktiven der PS führte, von der Angst vor der Pasokifizierung (auf Portugiesisch «Pasokificao») die Rede. Die PS verfolgte bis 2015, wie die meisten sozialdemokratischen Parteien in Europa, einen neo-liberalen New Labour- bzw. Neue-Mitte-Kurs. «Noch bis 2011 hatte eine PS-geführte Regierung unter dem später wegen Korruption verhafteten Ministerpräsidenten José Sócrates die Vorgaben der Troika umgesetzt. In den Jahren 2011 bis 2015 regierte eine rechte Koalition das Land. Nachdem der Stimmenanteil der Pasok in Griechenland von 43,9 Prozent im Jahr 2009 auf 6,3 Prozent bei den Wahlen im September 2015 abgestürzt war, wurde auch für die PS in Portugal eine Fortführung der alten Politik, eventuell gar in einer Koalition mit der Rechten, zu einer existenziellen Bedrohung: Die PS lief Gefahr, der Pasok ins Familiengrab der europäischen Sozialdemokratie zu folgen» (ebd., vgl. Candeias 2016). In dieser Situation zog die PS die Notbremse und schwenkte auf einen wenn auch nur gemäßigten, Anti-Austeritätskurs um. Bei den Wahlen im Jahr 2015 gewann zwar Portugal à Frente («Vorwärts Portugal»), ein Wahlbündnis aus der rechtsliberalen PSD und der rechten CDS-PP, mit 36,8 Prozent der Stimmen. Es hatte jedoch Verluste von über zehn Prozent hinnehmen müssen und verfügte über keine eigene Mehrheit. Die Sozialdemokraten hatten hingegen über vier Prozent hinzugewinnen können und landeten bei 32 Prozent. Noch überraschender war die Verdopplung des Ergebnisses des Bloco de Esquerda auf 10,2 Prozent. Die grün-kommunistische CDU mit der PCP als tragendem Kern und mit stabiler Unterstüchtungsbasis in den wichtigsten Industrie- und Landwirtschaftsregionen hielt ihre Position auch bei dieser Wahl mit 8,25 Prozent (seit den frühen 1990er Jahren kommt sie durchschnittlich auf etwa acht bis neun Prozent bzw. 16 bis 17 Parlamentssitze).

Die PS hatte nun zwei Optionen: als Juniorpartner der Rechten in die Fortsetzung einer Regierung der harten Austerität eintreten, die von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt wurde, oder eine von der radikalen Linken gestützte Minderheitsregierung zu bilden. Letzteres war als Angebot von Catarina Martins, der Vorsitzenden des Bloco, unterbreitet worden. Dies bot António Costa (PS) die Möglichkeit, selbst Premierminister zu werden. Zwar hatte Costa, dessen Vater ein PCP-Aktivist gewesen war, zuvor als

Bürgermeister von Lissabon mit dem PCP zusammengearbeitet. Wenn auch links von seinem Vorgänger in der Parteiführung angesiedelt, war und ist die Politik von Costa eher moderat und schließt eine Bindung an die Regularien der EU mit ein, allerdings verknüpft mit einer gewissen Konfliktbereitschaft gegenüber der Troika. Eine solche Wendung hatte nach der eher moderaten Kampagne der PS für eine «Austerität light» (Principe) kaum jemand erwartet. Und «zunächst galt das linke Überraschungsbündnis als «Geringonça», als «klapprige Kiste», wie es abfällig genannt wurde. Weder die Rechte noch die EU-Funktionär*innen glaubten, dass es Bestand haben würde. Die Partei von Mario Soares, der Portugals Integration in die EU und die NATO bewerkstelligt hatte, befand sich nun in einem Bündnis mit zwei Parteien, die der EU ablehnend gegenüberstehen. Kommentator*innen prophezeiten, die Regierung werde in einem Jahr zusammenbrechen und die PS sich einer Koalition mit der PSD zuwenden» (Wainwright 2019). (Da nach der Revolution von 1974 keine Partei einen Namen wollte, der sich mit der Rechten verband, nannte sich die Rechtsliberalen merkwürdigerweise Partido Social Democrata/PDS, also Partei der Sozialen Demokratie). Damit wären die von der Troika vorgesehenen Austeritätsmaßnahmen fortgeführt worden. Doch so kam es nicht.

VERTRAGLICH FIXIERTE KONKRETE PROJEKTE – AUCH OHNE KOALITIONS-VERTRAG

Seit Ende 2015 stellte die sozialdemokratische PS also eine Minderheitsregierung mit parlamentarischer Unterstützung der radikalen Linken. Eröffnet ein solches Modell der Tolerierung einer Anti-Austeritäts-Regierung als «Juniorpartner» einer radikalen Linken neue Spiel- und Manövrierräume zwischen Opposition und Koalitionsbeteiligung? Ermöglicht es, bestimmte begrenzte Reformen durchzusetzen und zugleich ein eigenständiges transformatives Projekt zu entwickeln? Kann es gar als Vorbild dienen für andere Länder? Selbstverständlich ist kein Modell aufgrund der in der Realität immer sehr spezifischen Rahmenbedingungen einfach auf andere politische Konstellationen übertragbar, aber es lässt sich doch immer etwas aus den Erfahrungen in anderen Ländern lernen.

Zunächst einmal handelte es sich um einen der wenigen Versuche überhaupt, der Politik der Troika oder der europäischen Institutionen mit ihrem autoritären Austeritätskurs etwas entgegenzusetzen. Da die EU nach 2016 kein zweites Griechenland und kein weiteres destabilisierendes Element neben dem Brexit wollte, war sie in keiner starken Position, um ihre Politik durchzusetzen. Doch noch entscheidender war

die Machtbalance auf nationaler Ebene, in Portugal selbst. Einig war man sich in dem Ziel, dem Austeritätsregime der portugiesischen Rechten ein Ende zu bereiten. Die Stärke des Bloco und der PCP als neuen Verbündeten des PS verschob die Haltung der PS nach links, drängten die beiden Linksparteien doch mit breiten Kampagnen darauf, dass die getroffenen Tolerierungsvereinbarungen eingehalten wurden. Ihre Kraft und politische Beharrlichkeit machten es der PS-Regierung, wollte sie im Amt bleiben, unmöglich, der EU einfach nachzugeben. Bei einigen Themen, wie etwa dem Anstieg des Mindestlohns und der Sicherheit prekär Beschäftigter, stellte der Bloco und zumeist auch die PCP klar, dass sie ihre Unterstützung für das Regierungsbündnis zurückziehen würden, falls gegen diesbezügliche Vereinbarungen verstoßen würde. Das Ergebnis war keine Linksregierung, nicht einmal eine Mitte-links-Regierung – es ging hier «nur» um eine Tolerierung, aber um eine mit klaren Absprachen. Es mag etwas seltsam anmuten, dass die Verhandlungen der PS mit den beiden linken Parteien getrennt geführt wurden. Auf dieser Trennung hatte die PCP bestanden. Auch dies ein Zeichen, dass es nicht um eine förmliche Koalition ging. Am Ende standen schriftliche Vereinbarungen, aber eben kein Koalitionsvertrag und auch keine Regierungsposten für Vertreter*innen der radikalen Linken. Zu bestimmten Themen wurden im weiteren Verlauf gemeinsame Arbeitsgruppen und regelmäßige Konsultationsrunden eingerichtet.

GEMEINSAME ERFOLGE

In der ersten Legislatur wurden dann zentrale Maßnahmen erfolgreich umgesetzt, die tatsächlich für Brüche mit der von der Troika oktroyierten Austeritätspolitik standen. Man hatte sich darauf geeinigt, die Politik der Privatisierungen zu beenden. Tatsächlich wurde die bereits eingeleitete Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs in Lissabon und Porto gestoppt, die Fluglinie TAP wurde wieder verstaatlicht. Wasser ist zu öffentlichem Eigentum erklärt und so vor dem Ausverkauf geschützt worden. Im öffentlichen Dienst wurden Lohnkürzungen zurückgenommen genauso wie zuvor geplante Entlassungen. Im Privatsektor wurden die Nettolöhne durch eine Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge angehoben, ohne dass dies negative Auswirkungen auf die spätere Rente oder die Nachhaltigkeit der Sozialversicherung haben soll. Scheinselbstständigkeit wurde bekämpft, damit die Beschäftigten wieder richtige Arbeitsverträge erhalten. Das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen für öffentlich Bedienstete wurde wieder eingeführt. Die Streichung von vier gesetzlichen Feiertagen durch die rechte Vorgängerregierung ist rückgängig gemacht worden. Seit 2016

wird sukzessive die Rückkehr zur 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst umgesetzt. Um die Armut zu bekämpfen, wurde der monatliche Mindestlohn zum 1. Januar 2017 auf 557 Euro angehoben, bis zum Ende der Legislaturperiode ist er auf 635 Euro und damit um mehr als 20 Prozent gestiegen. Für arme Familien – und davon gibt es in Portugal inzwischen Millionen – hat man den Strompreis gesenkt. Zwangsräumungen infolge von Zahlungsverzug bei Hypothekenkrediten wurden ausgesetzt. Die Renten unterhalb einer Höhe von 600 Euro wurden leicht erhöht, während Renten über 600 Euro von Abgaben entlastet wurden. Im Gegensatz dazu hatte die Vorgängerregierung der Troika noch versprochen, die staatlichen Sozialausgaben um vier Milliarden Euro zu kürzen, davon 1,6 Milliarden Euro bei den Renten. Die Investitionen in das öffentliche Gesundheitssystem nahmen deutlich zu. Zur Finanzierung der neuen Sozialpolitik wurden Vermögende stärker belastet. Die Einkommensteuer wurde wieder progressiv(er) gestaltet: Wer ein hohes Einkommen hat, muss anteilig mehr Steuern zahlen. Die weitere Senkung der Unternehmenssteuern wurde gestoppt, Gewinne aus Aktienbesitz werden stärker besteuert.

Für die Bevölkerung bedeutete dies eine Verringerung des alltäglichen Drucks: Die Angst vor Jobverlust, Renten- und Gehaltskürzungen sowie dem Abbau sozialer Infrastrukturen nahm ab. Beschäftigte im öffentlichen Sektor und Rentner*innen hatten etwas mehr Geld zur Verfügung, die Sparrate sank, der Konsum stieg. Auch die ärmeren Bevölkerungsgruppen erhielten mehr staatliche Unterstützung. Diese Maßnahmen waren für viele Menschen spürbar und führten gleichzeitig zu Wachstumsraten über dem europäischen Durchschnitt (Louçã u. a. 2020: 55). Die radikale Linke wollte in den Verhandlungen, dass «die Verbesserungen schneller erreicht würden, und sie drängte stark darauf, die Ausgaben für Gesundheit und Bildung wieder zu heben. Ich denke, das wirkte», gab die Europaministerin Margarida Marques von der PS zu und fuhr fort: «Eines der Dinge, die Politiker oft vergessen, ist die Bedeutung von Erwartungen. Unter den brutalen Maßnahmen der Troika waren die Leute so verängstigt gewesen, dass sie ihren Konsum massiv einschränkten, was die ökonomische Situation noch verschlimmerte, selbst wenn das Defizit gebremst worden war. Als diese Maßnahmen zurückgenommen wurden, blicken die Leute mit Optimismus in die Zukunft und sie konsumieren wieder und hegen wachsende Erwartungen.» (Zit. nach Wainwright 2019) Das höhere Wachstum diente zugleich dazu, das Staatsdefizit zu reduzieren. Tatsächlich lag das Defizit zum Ende der Legislatur 2019 bei 0,7 Prozent – verglichen mit 3,2 Prozent vor den Wahlen, als die Troika auf Austerität als einzigem Weg zur Reduktion bestanden hatte. Zudem konnte eine Deckung des Energiebedarfs von bis zu 60 Pro-

zent über regenerative Quellen erreicht werden. Im März 2020 konnte sogar die gesamte Nachfrage zu 100 Prozent aus Wind- und Wasserkraft gedeckt werden. Sozial-, arbeitsmarkt-, fiskal- und umweltpolitisch konnte die von links tolerierte Regierung so eine ganze Reihe von Erfolgen verbuchen.

Mit dem Erfolg stiegen auch die Erwartungen an die Regierung. Die Menschen hatten die Erfahrung gemacht, dass öffentliche Gelder für verbesserte soziale Infrastrukturen, Investitionen und Löhne eingesetzt werden können und es der Wirtschaftsentwicklung nicht schadete – im Gegenteil. Finanzminister Marcelo Centanos (PS) hatte nun allerdings ein Problem: Seine Politik, steigende Einnahmen nur zu nutzen, um das Defizit zu reduzieren, wurde von links zunehmend offen herausgefordert. «Der Finanzminister [konnte] die Mittel nicht länger horten, um der engen Definition vermeintlich solider Staatsfinanzen zu entsprechen, die ihn und die EU-Finanzminister» verband (Wainwright 2019). Henrique Borges, einer der Organisatoren eines landesweiten Lehrer*innenstreiks, meinte: «Die Regierung sagt, es gebe kein Geld, aber wir wissen, dass welches da ist. Das Defizit ist sehr niedrig, und sie vergeben Geld an private Banken. Also gibt es auch Geld für die öffentlichen Dienstleistungen.» (Zit. nach ebd.)

Auch andere Gruppen fühlten sich ermutigt, etwa die Selbstorganisation der Prekären. Sie startete ein nationales Volksbegehren (eine Besonderheit der portugiesischen Verfassung mit ihren auf die Nelkenrevolution zurückgehenden radikal-demokratischen Elementen) für ein Gesetz, das verbindliche Arbeitsverträge vorschreiben und prekäre Arbeitsverhältnisse beenden soll. Für den Bloco bildete dieser Kampf schon länger einen Schwerpunkt seiner politischen Arbeit. Nun gelang es ihm auch, mit den Gewerkschaften eng zusammenzuarbeiten, die sich erstmals für solche Forderungen öffneten. Entsprechend war dann die Beendigung von prekärer Arbeit ein wichtiges Thema des zwischen PS und Bloco geschlossenen Abkommens, blieb allerdings umkämpft, weil die Maßnahmen im Wesentlichen auf den öffentlichen Sektor beschränkt wurden (vgl. Mortagua 2017). Immerhin: Die Implementierung war keineswegs nur eine Angelegenheit von Gesetzgebung und zentralstaatlicher Verwaltung. «Erfolgreiche Implementierung erforderte das praktische Wissen der prekär Arbeitenden selbst. So kam es zu einem exemplarischen Prozess der Zusammenarbeit von parlamentarischer und gesellschaftlicher Aktion, von Selbstorganisation und einer Teilung praktischen und offiziellen Wissens – ein Teil der bemerkenswert günstigen Machtbalance.» (Wainwright 2019) Das portugiesische Modell habe auf diese Weise «neue Kanäle geschaffen, über die soziale und Arbeiter*innenbewegungen Einfluss auf die politische Macht nehmen können» (ebd.).

Die erfolgreiche Arbeit schlug sich auch in Umfragen nieder. Die Zustimmungswerte für die sozialistische Regierungspartei waren nach 15 Monaten Arbeit im April 2017 auf einen Rekordwert von 42 Prozent gestiegen. Die PS lag damit 17 Punkte vor der rechtskonservativen PSD (24,6 Prozent). Auch in späteren Umfragen blieb die PS auf hohem Niveau stabil. Aber auch die Umfragewerte für den Bloco und das grün-kommunistische Wahlbündnis um die Kommunistische Partei stiegen zunächst leicht auf 9,5 Prozent, respektive 7,6 Prozent. Die ultrarechte CDS-PP, ehemalige Regierungspartnerin der PSD, kam hingegen nur noch auf 4,8 Prozent. Dies war eine wichtige Zwischenbilanz: ein Signal, dass eine Tolerierung im «Schatten der Regierung» nicht zu Stimmenverlusten für die radikale Linke führen musste. Entsprechend wurde vor den Wahlen 2019 eine Fortsetzung der Tolerierung angestrebt.

ZUNEHMENDE KONFLIKTE

Der Regierungschef António Costa erklärte vor den Wahlen im Jahr 2019 mehrfach, er wolle das erfolgreiche Modell mit der Linken gern fortführen. Intern knirschte es allerdings zunehmend. Die veränderten Kräfteverhältnisse im Bündnis durch den Höhenflug der PS in den Umfragen erschwerten die Versuche, der Regierung ernsthafte linke Projekte abzutrotzen. Ein Bündnis auf Augenhöhe wurde so mit der Zeit immer schwieriger (vgl. Candeias 2019).

Für die Sozialisten war es durchaus klug, sich die Zusammenarbeit mit der radikalen Linken als Option offenzuhalten, weil sie so – gegenüber den europäischen Institutionen und dem rechten Flügel im Parlament und in der eigenen Partei auf der einen Seite und gegenüber der radikalen Linken auf der anderen Seite – immer eine zentristische Position vertreten konnten. Das hat ihr nach eigener Aussage geholfen, einen gemäßigten Linkskurs durchzuhalten. Nur auf diese Weise lässt sich anscheinend die sanfte Erneuerung der Sozialdemokratie fortführen, wie sie im übrigen Kontinentaleuropa sonst bisher nicht zu finden war (ebd.). Darüber hinaus hatte die PS bisher nur ein einziges Mal in ihrer Geschichte (1995–1999) eine Legislatur in der Regierung zu Ende bringen können (in allen anderen Fällen scheiterten Koalitionen mit der Rechten vorzeitig; vgl. Freire 2021). Mit der Tolerierung der radikalen Linken aber konnte eine neue Qualität politischer Stabilität erreicht werden.

Bei den Wahlen 2019 kam es dann tatsächlich so: Die sozialdemokratische PS gewann mit 36 Prozent (+4 Prozent) deutlich vor der Rechten, die fast zehn Prozent Verluste hinnehmen mussten (nur noch 27,8 Prozent der Stimmen). Generell war es ein wichtiger Effekt, dass durch das Regierungsmodell die autoritäre und radikale Rechte in Portugal anders als in anderen Ländern insgesamt deutlich geschwächt werden konnte. Der Bloco konnte sein starkes Ergebnis von 2015 nahezu halten (minus 0,6 Prozent bei gleichbleibender Zahl von Abgeordneten), die grün-kommunistische CDU verlor zwei Prozent der Stimmen und kam auf 6,3 Prozent (und fünf Abgeordnete weniger),¹ die links-grüne Tierrechtspartei PAN erreichte immerhin 3,3 Prozent und die pro-europäisch linksgrüne Partei Livre erzielte mit 1,1 Prozent noch ein Abgeordnetenmandat. (In Portugal gibt es seit der Revolution 1974 keine Sperrklausel bei Wahlen.) Eine Minderheitsregierung war damit erneut möglich. Allerdings sollte es nach dem Willen der PS diesmal kein Abkommen mit der radikalen Linken geben, sondern es sollten von Fall zu Fall Kompromisse ausgehandelt werden.² Das heißt auch, dass sich die Regierung bei bestimmten Themen wechselnde Mehrheiten organisiert und sich dafür Partner aus einem breiteren linken Spektrum oder eben aus der Rechten suchen konnte.

Die rechtskonservative PSD hatte ein entsprechendes Entgegenkommen bei bestimmten Punkten signalisiert und dies in der ersten Legislatur bereits gelegentlich praktiziert. Tatsächlich sollten dann viele der Pandemiemaßnahmen auf gemeinsame Gespräche der beiden großen Parteien zurückgehen. Umgekehrt wollte die PS die Wiederwahl des konservativen Staatspräsidenten Marcelo Rebelo de Sousa erneut unterstützen. Dieser wurde denn auch 2021 schon im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wiedergewählt. Eine negative «Koalition der Ablehnung» von radikaler Linken und der Rechten zur Blockade der Regierung rechnete die PS trotz fehlender Mehrheit eher nicht. Für die regierende PS war die Allianz mit der radikalen Linken letztlich nur eine günstige taktische Möglichkeit, die Regierungsmacht zurückzuerobern und die eigene Position zu stabilisieren, kein gemeinsames strategisches Projekt für einen Richtungswechsel. Das machte es für die radikale Linke in der Legislatur ab 2019 weitaus schwieriger, eigene Projekte durchzusetzen oder gemeinsame Initiativen zu starten.

1 Obwohl in allen Umfragen die Anhänger*innen der grün-kommunistischen Partei eine weitere Unterstützung der Regierungskoalition befürworteten (Freire 2021), hat dies bei den Wahlen letztlich zu einer geringeren Mobilisierung der PCP-Wähler*innen geführt.

2 Auch die Kommunistische Partei (ebenso wie die links-grüne PAN) hat eine schriftliche Vereinbarung abgelehnt (Freire 2021). Eine exklusive Vereinbarung nur mit dem Bloco hätte aus Sicht der PS den Bewegungsspielraum zu sehr eingeschränkt, sozusagen eine Quasi-Koalition bedeutet und schied daher als Option aus.

EIGENSTÄNDIGKEIT IN DER TOLERIERUNG

Eine Ursache des Erfolgs der ersten Legislatur 2015–2019 war, dass die Mindestbedingungen und Maßnahmen für die Tolerierung in einer klaren Vereinbarung festgehalten worden waren (vgl. Candeias 2017). Das ist nicht selbstverständlich, denn Tolerierungen in anderen Ländern hatten oft keine solchen klaren Absprachen. Anders als in einem Koalitionsvertrag ist die «Koalitionsdisziplin» bei einer Tolerierung aber von vornherein eingeschränkt. Die radikale Linke musste sich nicht in Ministerial- und Verwaltungsapparaten verheddern, die sie nicht kontrollieren kann, hatte keine Minister*innen, die das Wenige, das man erreicht hat, oder auch negative Entscheidungen und Rückschritte noch als Erfolg darstellen mussten. Stattdessen konzentrierte sie sich auf die Ausarbeitung von vereinbarten Gesetzes- und Reforminitiativen im Parlament und auf die gesellschaftliche Debatte, ohne eine Unterordnung von Partei und Parlamentsfraktion unter die Regierungslogik. Die eigene Initiative wurde dabei öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt (statt nur Vorschläge der Regierung zu diskutieren). Die Linksparteien konnten ihrer Aufgabe, einen grundlegenden Richtungswechsel einzufordern und zugleich über eine Tolerierung und wirksame Umsetzung konkreter Reformen das Bestmögliche für die Menschen herauszuholen, nachgehen und diese Rolle weiter ausbauen. Wenn notwendig, konnte die radikale Linke gegen die Regierung stimmen. Das geschah etwa aus Protest gegen den Umgang der PS mit der Bankenkrise und der von ihr verfolgten Privatisierung (vgl. Mortagua 2017) oder eben bei ihrer Ablehnung des Haushaltsentwurfes im Herbst 2021, die in der vorgezogenen Neuwahl im Jahr 2022 mündete. Dies zeigt, dass die «Koalitionsdisziplin» bei einer Tolerierung nicht so streng wie bei einer formalen Regierungsbeteiligung ist und die linken Spielräume entsprechend größer sind: Die Linke muss nur jene Maßnahmen stützen, von denen sie überzeugt ist, andere nicht. Knackpunkte waren dabei insbesondere die Budgetentscheidungen, bei denen bis zum Herbst des Jahres 2021 aber immer eine Einigung erzielt werden konnte.

REGIEREN IN ZEITEN DER PANDEMIE

Eine Priorität, für die sich Aktive des Bloco, der PCP und der PS gleichermaßen leidenschaftlich aussprachen, sind Investitionen in den Gesundheitssektor. Vom Zeitpunkt der Tolerierung an wurden die investiven Ausgaben jährlich um 1,63 Milliarden Euro (17,8 Prozent) und die Personalausgaben um 958 Millionen Euro (28 Prozent) erhöht. Der Druck des Bloco und der PCP führte zu diesen beachtlichen Investitionen in den Nationalen

Gesundheitsdienst, doch reichten diese nicht aus. Obwohl die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Gesundheitssektor wieder stabilisiert wurden, kam es in den vergangenen Jahren, so Bruno Maia, Mediziner und Bloco-Mitglied, zu einem «Verfall der Infrastruktur und der Dienste selbst». Im Ergebnis «verlieren wir Ärztinnen und Ärzte an den privaten Sektor; Notaufnahmen sind überfüllt, es gibt zunehmende Wartezeiten und immer längere Wartelisten für Operationen. Es nimmt unerträgliche Ausmaße an. Wir werden die unzureichenden Investitionen ins Gesundheitssystem einfach angehen müssen.» (zit.n. Wainwright 2019) Domingos Lopez, langjähriger Unterstützer des PCP und Sekretär des historischen PCP-Führers Alvaro Cunhal zu jener Zeit, als Cunhal nach der Nelkenrevolution kurz Minister war, stimmt zu, dass die Wiederherstellung und Verbesserung der Gesundheitsdienste das Thema ist, bei dem ein neues Übereinkommen Fortschritte erzielen musste. «Unsere größte Errungenschaft nach der Revolution war der Nationale Gesundheitsdienst.» (ebd.) Diesen gelte es wiederaufzubauen. Doch nach der Wahl 2019 gab es eben kein Abkommen zwischen den radikalen Linksparteien und der PS. Minister*innen der Regierung äußerten sich zurückhaltend über öffentliche Investitionen, während Abgeordnete des Bloco anerkannten, dass die Regierung immerhin eine Milliarde Euro in die Gesundheitsdienste investiert wurde: «Es gab keine Einschnitte. Sie haben investiert», sagt Ze Soeiro, Sprecher des Bloco zu Arbeitsthemen, «nur war es nicht genug.» (ebd.) Letzteres zeigte sich dann nicht zuletzt infolge der Pandemie: Die deutliche Stärkung des Gesundheitssystem ist ein wichtiger Erfolgsfaktor der Pandemiebekämpfung in Portugal.

Dabei waren die Ausgangsvoraussetzungen nicht einfach. Der Anteil der Über-80-Jährigen ist in Portugal ähnlich hoch wie in Italien; das Gesundheitssystem war schon vor Corona überfordert und leidet noch an den Folgen der Kürzungen während der Finanzkrise vor einem Jahrzehnt. «Nur 4,2 Intensivbetten stehen pro 100.000 Bürger zur Verfügung. Die portugiesische Regierung verlor deshalb im März 2020 keine Zeit: Man schloss die Schulen, als nur 245 Infektionen nachgewiesen waren, der Ausnahmezustand wurde bei 448 Fällen erklärt; in Italien geschah das erst bei 9000. Gleichzeitig zeigten sich die Portugiesen diszipliniert und einsichtig.» (Rössler 2020) Ein vollständiger Lockdown mit harten Ausgangsbeschränkungen führte im Vergleich zu anderen Ländern, vor allem zum Nachbarn Spanien, zu einer eher moderaten Verbreitung von Covid-19 in Portugal. Früh wurde auf umfangreiche Tests gesetzt, um Verdachtsfälle zu klären. Das Gesundheitssystem konnte den Schock verkraften. Die Pandemiesituation führte auch nicht wie in anderen Ländern zu einer Atmosphäre von Spaltung und verbreiteter Corona-Leugnung.

In der am stärksten betroffenen Metropole Lissabon wurden beispielhafte Maßnahmen zur Linderung der sozialen Krise getroffen. Die Stadt war ein weiteres Beispiel für die Kooperation von PS und radikaler Linker, die hier bis zu den Kommunalwahlen 2021 in einer Koalition gemeinsam regierten. So wurden alle Zwangsräumungen gestoppt, umfangreiche Kapazitäten für die Unterbringungen und den Gesundheitsschutz von Obdachlosen geschaffen, ein städtischer Plan zur Gewährleistung der Ernährung der ärmeren Bevölkerungsteile umgesetzt, der maßgeblich über Schulen in die Nachbarschaften wirkt und so zugleich die Versorgung der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppe, der Kinder, sichern soll. Darüber hinaus wurde in öffentlich-zivilgesellschaftlicher Partnerschaft das sogenannte Solidarnetz geschaffen, das Zehntausende von Menschen mit Lebensmitteln versorgt und weitere Unterstützungsleistungen bietet, vor allem für Ältere und besonders durch die Pandemie Gefährdete. Hilfreich war, dass die Stadt ein Projekt namens «Radar» zum Mapping der Situation alleinstehender älterer Menschen durchführt und damit bereits über ein Jahr vor Ausbruch der Corona-Krise begonnen hatte, sodass nun zielgenau geholfen werden konnte (ebd.).

Aus sozialen und gesundheitspolitischen Gründen erhielten alle Geflüchteten und Migrant*innen, die bereits einen Antrag auf Aufenthaltsberechtigung bzw. Asyl gestellt hatten, zeitlich begrenzt bis zum Ende der Pandemie eine Sozialversicherungsnummer und haben auf dieser Basis vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung, können Dienst- und Mietverträge abschließen und ein Konto eröffnen. Keine Kleinigkeit in Zeiten zunehmender Abschottung in vielen Ländern Europas.

Die Pandemie warf Portugal dennoch um Jahre zurück. Die fortgesetzten Wellen der Pandemie schädigten vor allem den Tourismus nachhaltig. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich, Firmenpleiten häuften sich, die geringen finanziellen Hilfen für Betroffene können die Not kaum lindern (vgl. Viegas 2020). Ein peripheres Land wie Portugal kann nicht so leicht wie Deutschland finanzielle Mittel mobilisieren. Das Budget rutsche mit minus sieben Prozent erstmals wieder ins Defizit. Die europäischen Hilfen stützen das Land, aber einmal mehr zeigt sich die Ungleichheit der Verhältnisse in Europa.

In der Pandemie-Krise konnte die radikale Linke zunächst weiter Druck entfalten, um das staatliche Gesundheitssystem zu stärken. Der im Juli 2020 veröffentlichte Plan der Regierung für die wirtschaftliche und soziale Erholung Portugals sah denn auch deutlich gesteigerte Investitionen in die Ausrüstung und das Personal des staatlichen Gesundheitssystems vor. Das Land kann zwischen 2021 und 2026 mit insgesamt 15,3 Milliarden Euro aus den europäischen Pandemie-Hilfspaket rechnen. Davon sind

949 Millionen Euro für Gesundheit vorgesehen. Die weitergehende Durchsetzung der 35-Stunden-Woche soll die Arbeitsbedingungen verbessern. Weitere Investitionen konzentrieren sich auf die Rettung und den Wiederauf- und Umbau der Industrie in Richtung Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft sowie die Substitution von Importen etwa von Vorprodukten durch mehr lokale Produktion. Darüber hinaus sollen die erneuerbaren Energien sowie der grenzüberschreitende Schienengüterverkehr ausgebaut und mehr Wohnungen errichtet werden. Auch ohne formelle Vereinbarung konnten die tolerierenden Linksparteien so eigene Akzente setzen und das Regierungshandeln noch einmal in ihrem Sinne beeinflussen.

WIDERSPRÜCHE UND UNERLEDIGTES

Das Angebot vom Bloco de Esquerda, eine Minderheitsregierung zu tolerieren, war 2015 zunächst nur taktisch gemeint gewesen, in der Erwartung, die Sozialistische Partei würde darauf nicht eingehen, so Catarina Príncipe (2017). Das heißt, die Tolerierung war keine von vornherein strategisch ausgearbeitete Option. Dafür lief es zunächst erstaunlich gut für die radikale Linke in Portugal. Aber es gab beim Bloco keine Vorstellung, welche Form der Parteientwicklung – sei es national oder lokal – verfolgt werden sollte. Damit zusammen hing eine nicht wirklich geklärte Arbeitsteilung zwischen Parlamentsfraktion und Partei. Letztere wurde als eigene Akteurin kaum wahrgenommen, während die Parlamentsfraktion, die jetzt voll und ganz mit Regierungsarbeit beschäftigt war, gestärkt wurde. Der Bloco verfügt jedoch bis heute anders als die Kommunistische Partei nur über eine schwache Verankerung in den populären Klassen, in den Kommunen oder in den Gewerkschaften. Die sozialen Bewegungen, mit denen er zum Teil enge Kontakte unterhält, sind in Portugal eher schwach und wurden dann durch die Pandemie weiter geschwächt. Dennoch war und ist keine übergreifende Strategie zur Verbindung, Verbreiterung und Verankerung des Bloco entwickelt worden, obwohl die Bedingungen etwa zum Aufbau von Solidarstrukturen wie in Spanien und Griechenland durchaus gegeben waren (vgl. Candeias/Völpel 2014). Die Parlamentsfraktion dominierte über die Partei, konnte jedoch die von der mangelnden Verankerung herrührende «Verwundbarkeit» (Príncipe) nicht ausgleichen – ein Grund für die schwankenden Ergebnisse des Bloco bei Wahlen in den Jahren zuvor, während die PCP sich lange auf eine stabile Gruppe von Stammwähler*innen aus ihren traditionellen Milieus in Industrie und Landwirtschaft verlassen konnte.

Aufgrund des hastig vollzogenen Schritts hin zur Tolerierung war auch die Frage nach einem Austritt

aus dieser Konstellation nie wirklich geklärt worden. Zwar gab es die Möglichkeit, nicht jede Maßnahme der Regierung mittragen zu müssen, und diese Möglichkeit wurde auch genutzt. Aber wann wäre der Punkt erreicht, die Tolerierung der PS-Regierung wieder aufzukündigen? Ab wann sagt man, diese Regierung können wir nicht länger mittragen? Das ist eine schwierige Diskussion. Sicherlich ist dieser Punkt nicht uneindeutig zu benennen, doch sollte man auch nicht ganz ohne Debatte in eine solche durchaus vorstellbare Situation hineinstolpern. «Wir sollten deshalb versuchen, Haltelinien aufzuzeigen, bis zu denen eine Regierungsunterstützung denkbar wäre», forderten Carlos Carujo und Catarina Príncipe bereits im September 2016 (Carujo/Príncipe 2016). Mariana Mortagua, Abgeordnete des Bloco, beschreibt in einem Interview den Streit über die Rettung, die Verstaatlichung und dann wieder Privatisierung des Bankensektors. Hier wurden staatliche Mittel in einer Höhe eingesetzt, die die Ausgaben für Soziales um ein Vielfaches überstiegen und zukünftig als harte Budgetrestriktionen zurückwirken werden. Wäre das also ein solcher Punkt gewesen? Sollte die Partei die Reißleine ziehen, wenn sich zeigt, dass diese Politik von der Regierung und den europäischen Institutionen immer weitergetrieben wird? Oder ist der Punkt erst erreicht, wenn die Regierung mehr und mehr Projekte zusammen mit der konservativen Opposition beschließt, etwa bei Budgetfragen oder wenn es darum geht, die Kompetenzen der regionalen Regierungen zu stärken? Oder gäbe es dann immer noch ausreichend Spielraum für soziale Verbesserungen? Und wenn der Punkt tatsächlich erreicht ist: Wie lässt er sich kommunizieren? Wie lassen sich dabei Ängste vor der Rückkehr einer Rechtsregierung, die populären Hoffnungen auf Reformen durch eine PS-geführte Regierung und die weitergehenden Erwartungen der Wähler*innen der Linksparteien konkret austarieren? Und schließlich hatte sich die radikale Linke auch deswegen nicht direkt an der Regierung beteiligt, weil es jenseits der Rücknahme der härtesten Kürzungsmaßnahmen kaum gemeinsame Vorstellungen gab und gibt, was die zukünftigen Entwicklungsperspektiven für das Land angeht. Die soziale Lage breiter Schichten der Bevölkerung konnte insbesondere in der Legislatur 2015–2019 verbessert werden und dies hat auch zu einer konjunkturellen Erholung beigetragen. An der strukturellen Schwäche der portugiesischen Ökonomie hat sich aber kaum etwas geändert, es fehlt weiterhin an Investitionen (Príncipe 2017). Portugals periphere und wenig produktive Ökonomie bedürfte einer sozial-ökologischen Industriepolitik, um wieder eine produktive Basis aufzubauen. Aber die Debatten über die Notwendigkeit einer veränderten strukturellen Basis der Ökonomie, über eine sozialökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik oder über eine verallgemeinerte solidarische Öko-

nomie stehen immer noch relativ am Anfang. Auch für die Bewältigung der ökologischen Krise und die (Wieder)Herstellung eines funktionierenden öffentlichen Sektors müssten öffentliche Investitionen «Priorität erhalten» – allerdings wäre die Umsetzung durch europäische Vorgaben stark eingeschränkt (Louçã u. a. 2020: 57). Die Differenzen in Sachen ökonomischer Rekonstruktion, staatliche Investitionen und EU-Politik zwischen dem Bloco de Esquerda und der Sozialistischen Partei, die weiterhin auf eine Integration des EU-Binnenmarktes setzt, sind enorm. Vonseiten der neuen portugiesischen Regierung gab es 2015 ff. auch keine offene Solidarität mit der griechischen Syriza-Regierung. Still und leise wurde versucht, die Austeritätsmaßnahmen im eigenen Land abzuschwächen, soziale Härten zu beenden und dennoch die Haushaltsziele nicht drastisch zu verfehlen. Es gab einige Drohungen und starken Druck der europäischen Institutionen, doch blieb eine Erzwingung der üblichen Kürzungs- und Liberalisierungsmaßnahmen aus. Lediglich Privatisierungen – oder besser gesagt ein Ausverkauf – im krisengeschüttelten Bankensektor wurden durchgesetzt (vgl. hierzu ausführlicher Mortagua 2017). Zu vermuten ist, dass nach der Unterwerfung Griechenlands und in Zeiten des rückläufigen Zusammenhalts in Europa die europäischen Institutionen keine weitere Front eröffnen wollten. Nichtsdestoweniger versuchten die europäischen Institutionen, jede ausgabenorientierte Politik der portugiesischen Regierung zu bekämpfen, obwohl die Einhaltung der europäischen Defizitkriterien ja überhaupt nur aufgrund dieser Politik möglich wurde. «Dies legt nahe, dass die europäischen Autoritäten», sofern es ihnen um nachhaltige Finanzpolitik ginge, sich «ein für alle mal von die Politik der Austerität verabschieden sollten» (Louçã u. a. 2020, 55). Regierung wie radikale Linke in Portugal waren sich bewusst, wie gering ihre Macht als Vertreter*innen eines kleinen Landes gegenüber der EU ist, sofern sie keine mächtigeren Verbündeten haben. Die Strategie war also nicht der Bruch mit der EU, sondern mit Verbündeten die eigene Machtbasis zu erweitern, um zusammen mit sozialen Bewegungen Kraft für eine linke Politik «in und gegen» (Wainwright 2019) die EU zu gewinnen. Das Tolerierungsmodell ließ hier auch größere Spielräume zu, sodass die unterschiedlichen Positionen von sozialdemokratischer EU-orientierter PS und den beiden EU-skeptischen Parteien des Bloco und der PCP offensiv artikuliert werden konnten (ebenso wie die ablehnende Haltung der Letzteren gegenüber der NATO). Eine Dosis «gesunden Euroskeptizismus» war höchstwahrscheinlich auch förderlich und nötig, um eine Aufweichung der Austerität zu befördern (Freire 2021). Und diese Aufweichung der Austerität sollte – wenn auch mit einer über die beiden Tolerierungslegislaturen hin abfallenden Tendenz – ja auch tatsächlich gelingen.

VOM «REGIERUNGSPARTNER» AN DEN RAND GEDRÄNGT UND BEKÄMPFT

Trotz innerer Widersprüche war das «portugiesische Modell» durchaus wegweisend: für eine vorsichtige Erneuerung der Sozialdemokratie ohne Bruch, für eine sanfte Aufweichung des Austeritätskurses ohne radikalen Richtungswechsel, und zwar jenseits der Option einer ungeliebten formalen Koalition mit der radikalen Linken (vgl. Brie/Candeias 2016; Freire 2021). Aber auch für eine radikale Linke, die sich zu häufig an der Frage Regierungsbeteiligung oder Opposition spaltet und nun intelligente Wege der konkreten Verknüpfung beider Prinzipien erproben und so Wirksamkeit entfalten konnte. Für die radikale Linke allerdings wurde die Arbeit verglichen zur ersten Legislaturperiode in der zweiten ohne formellen Vertrag und formelle Arbeitsgruppen mit der Regierung sehr viel schwieriger.

Die veränderten Kräfteverhältnisse im Bündnis machten es jedoch immer schwieriger, der Regierung ernsthafte linke Projekte abzutrotzen. Von einem Bündnis auf Augenhöhe konnte keine Rede mehr sein. Bei einer absoluten Mehrheit der Sozialisten wäre eine Fortsetzung des Bündnisses sinnlos, substanzielle Kompromisse dann nur noch durch Gnade der Regierung zu erreichen. Genau das war die Absicht der PS.

Der Bloco versuchte demgegenüber konsequent, seine wichtigsten Projekte zur Diskussion stellen – schon um erkennbar zu bleiben und nicht zum Anhängsel der Regierung zu werden. Sollte die sozialistische Partei zu substanziellen Kompromissen nicht bereit sein, hätte der Bloco mit einer guten Bilanz der letzten Jahre erhobenen Hauptes in die Opposition gehen können. Für die Grün-Kommunisten gilt dies in jedem Fall, da sie für eine Regierungsbildung numerisch nicht mehr wirklich gebraucht werden und in der Regierung noch stärker an Glaubwürdigkeit bei ihren Wähler*innen verloren hatten. Etliche Stimmen (im Bloco) hatten schon in der ersten Legislatur dazu aufgerufen, über mögliche Ausstiegszenarien nachzudenken. Doch dieser Schritt wurde immer wieder verschoben, aus Angst, von der Öffentlichkeit für das Scheitern des Bündnisses verantwortlich gemacht zu werden. Wenig geschah zudem, wie bereits erwähnt, um eine stärkere Verankerung der Partei in den Vierteln und Betrieben anzugehen. Zu sehr dominierte die «Regierungs»-, Parlaments- und Medienlogik. Doch Bloco und Kommunisten meinten noch immer, über die Haushaltspolitik ausreichend Einfluss auf die Regierung nehmen zu können, obwohl es keine schriftlichen Vereinbarungen mehr gab. Die PS versuchte hingegen gezielt, die Linke herauszudrängen und ohne sie eine Mehrheit zu erhalten. Die Pandemie tat ihr Übriges, indem sie die sozialen Mobilisie-

rungen weiter schwächte und damit der Linken die Option erschwerte, ihre Anliegen durch eine Kombination von parlamentarischem Druck und außerparlamentarischen Protesten durchzusetzen.

DER BRUCH

Im Verlaufe der zweiten Tolerierungslegislatur verschoben sich die Kräfteverhältnisse weiter zuungunsten der Linken, was sich auch in ihrem schwachen Abschneiden und in den Zugewinnen der PS bei den Kommunalwahlen im September 2021 ausdrückte.

Im Herbst des Jahres 2021 hatte der Bloco daraufhin dann die Zustimmung zum Haushaltsentwurf an Verbesserungen im Gesundheitssystem, bei der Rente und im Arbeitsrecht geknüpft, um Durchsetzungsfähigkeit zu demonstrieren und sein Profil zu schärfen. Die PS war jedoch zu keinerlei Zugeständnissen bereit und erblickte angesichts günstiger Umfragen eine Gelegenheit, die ungeliebten Partner durch Neuwahlen und eine eigene Mehrheit loszuwerden. Am Ende wurde der Ausstieg aus dem «Bündnis» durch die Ablehnung des Haushaltsentwurfes der PS im Herbst 2021 in den Augen der Öffentlichkeit einerseits zu unvermittelt und andererseits viel zu spät vollzogen – und nicht freiwillig. Die radikale Linke konnte einem Haushaltsentwurf nicht zustimmen, bei dem sie keinerlei eigene Akzente hatte setzen können. Nach der Ablehnung der Linken kündigte die Regierung sofort vorgezogene Neuwahlen an, die dann am 30. Januar – bei einer hohen Wahlbeteiligung – in der historischen Niederlage der Linksparteien mündeten. Offensichtlich hatte die Linke den ohne Zweifel schwer zu bestimmenden «richtigen Moment» für den Ausstieg verpasst, und bekam ihn nun nicht mehr überzeugend kommuniziert. Hinzu kam, dass sie in einen polarisierten Wahlkampf hineingezogen worden war: «Umfragen hatten ein völlig falsches Bild einer Pattsituation zwischen PS und rechtsliberaler PSD gezeigt.» (vgl. Streck 2022) Aus Angst, die Rechte könne gewinnen und mit der radikalen rechten Partei Chega eine neue Regierung bilden, haben viele Wähler*innen des Bloco oder der Kommunisten nun für die PS gestimmt, um zu verhindern, was zuvor bei den Kommunalwahlen in Lissabon geschehen war: ein Sieg der Rechten. Die sozialdemokratische PS errang im Ergebnis zum zweiten Mal in ihrer Geschichte mit 117 Parlamentssitzen (von 230) die absolute Mehrheit. Anders als nach der ersten Tolerierungslegislatur konnten nun aber auch die Rechtspopulisten profitieren. Mit Chega hat sich nun auch in Portugal eine derartige Kraft im Parteiensystem etabliert. Hier mögen Frust über die nachlassenden sozialen Fortschritte in der zweiten Legislatur und der tolerierungsbedingte Verlust des Protestpartei-Nimbus der Linksparteien ebenso hineingespielt haben

wie der Unmut über manche Corona-Maßnahmen der Regierung.

Mit dieser Wahl ist das portugiesische Tolerierungsmodell zumindest vorerst Geschichte. Schade, denn die erste Legislatur war erstaunlich gut verlaufen und die radikale Linke hatte aus der Tolerierung heraus zunächst kaum an Unterstützung verloren. Ohne vertragliche Vereinbarung, ohne eine überzeugende Strategie zum Ausbau der gesellschaftlichen Verankerung und aufgrund der durch die Pandemie verstärkten Flaute sozialer Bewegungen war ihre Ausgangslage in der zweiten Legislatur allerdings schlechter. Von daher konnten weniger Verbesserungen durchgesetzt werden, die der Linken zugute geschrieben worden wären. Es bestätigte sich damit eine Erfahrung aus den bisherigen Tolerierungsversuchen in anderen Ländern: ohne Vertrag kein Modell. Denn ohne Vereinbarung mangelt es an der notwendigen Verbindlichkeit und an institutionalisierten Kanälen der Verhandlung und gemeinsamen Arbeit. Das portugiesische Beispiel vermittelt so einerseits wichtige Erfahrungen, wie insbesondere mit einer Tolerierungspolitik progressives Regierungshandeln zu befördern ist und echte Verbesserungen zu erreichen sind. Andererseits lehrt es linke Parteien, dass es notwendig ist, dabei ein eigenständiges Profil zu bewahren und den Zeitpunkt eines Ausstiegs klug zu

wählen, um weder als bloßes Anhängsel der Sozialdemokratie wahrgenommen noch nur für die Defizite eines Regierungshandelns verantwortlich gemacht zu werden, dessen Erfolge oft dem stärksten Partner zugeschrieben werden. Doch trotz der aktuellen Wahlniederlage der Linksparteien sollte man das Tolerierungsmodell auch über Portugal hinaus keineswegs grundsätzlich abschreiben, sondern als eine strategische Option für eine linke transformatorische Politik im Spiel behalten.

Es gab also gute Gründe für das Tolerierungsmodell und diese Form der «Mitregierung» – aber ebenso wichtig ist es, rechtzeitig den Punkt für einen Ausstieg aus einer Regierung zu bestimmen, etwa wenn der Partner zum Gegner geworden ist oder die Linke überproportional an Wählerunterstützung zu verlieren droht. Es gibt die Verantwortung, Dinge für die unteren Klassen und Gruppen der Gesellschaft auch in einer Regierung durchzusetzen. Es gibt jedoch auch die Verantwortung, das Instrument dafür zu erhalten – die Partei. Denn ohne eine starke radikale linke Partei gibt es für keine der Optionen unterschiedlicher linker Strategien überhaupt noch eine ausreichende Basis.

Für wertvolle Hinweise bedankt sich der Autor bei Florian Wilde.

LITERATUR

- Brie, Michael/Candeias, Mario (2016):** Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie, in: LuXemburg Online, November 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie/.
- Candeias, Mario (2016):** Die alte Tante. Zur Erneuerungs(Un)Fähigkeit der Sozialdemokratie, in: LuXemburg 3/2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-alte-tante-zur-erneuerungsunfaehigkeit-der-sozialdemokratie/.
- Candeias, Mario (2017):** Portugal: Tolerierung einer Anti-Austeritäts-Regierung. Ein erfolgreiches Modell?, in: LuXemburg Online, August 2017, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/portugal-tolerierung-einer-anti-austeritaets-regierung-ein-erfolgreiches-modell/.
- Candeias, Mario (2019):** Keine leichte Wahl. Portugals radikale Linke und die Regierung, unter: www.rosalux.de/news/id/40960/keine-leichte-wahl?cHash=4724a75ae15d148cffc046f882a9866c.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014):** Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Candeias-Voelpel_Plaetze-sichern.pdf.
- Carujo, Carlos/Príncipe, Catarina (2016):** Verlockungen der sanften Austerität, in: LuXemburg/Jacobin 2/2016, S. 22–27, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/verlockungen-der-sanften-austeritaet/.
- Freire, André (2021):** From the leftwing majority to «the «blinker» government» in Portugal, 2015–2020, in: Hildebrandt, Cornelia u. a. (Hrsg.): Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft. Linke Parteienprojekte in Europa und ihre Potenziale, Hamburg, S. 378–90.
- Louçã, Francisco/Cabral, Ricardo/Abreu, Alexandre/Peniche, Andrea/Ferreira, Vicente (2020):** The Economic Evolution of Portugal. Opportunities and Limitations Facing A Progressive Economic Program, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel.
- Mortágua, Mariana (2017):** Towards an improvement of the conditions of struggle, in: Candeias, Mario (Hrsg.): Anti-Austerity and the Politics of Toleration in Portugal. A way for the Radical Left to develop a transformative project?, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, S. 21–26, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38188/anti-austerity-and-the-politics-of-toleration-in-portugal/.
- Príncipe, Catarina (2017):** Beyond government. The goods and bads of tolerating a soft-austerity government in Portugal, in: Candeias, Mario (Hrsg.): Anti-Austerity and the Politics of Toleration in Portugal. A way for the Radical Left to develop a transformative project?, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, S. 7–21, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38188/anti-austerity-and-the-politics-of-toleration-in-portugal/.
- Príncipe, Catarina (2018):** 35-Stunden-Woche als erster Schritt: Die Arbeitszeitpolitik der portugiesischen Regierung, in: LuXemburg Online, Januar 2018, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/35-stunden-woche-als-erster-schritt/>.
- Sant’Ana Moreir, Ricardo (2020):** Lisbon, a municipality in times of Covid-19, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, blog v. 14.4.2020, unter: www.rosalux.eu/es/article/1631.lisbon-a-municipality-in-times-of-covid-19.html.
- Rössler, Hans-Christian (2020):** Das Leben kehrt zurück, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.5.2020.
- Viegas, Nuno (2020):** COVID-19 has revealed the cracks in Portuguese welfare, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, blog v. 17.4.2020, unter: www.rosalux.eu/es/article/1644.covid-19-has-revealed-the-cracks-in-portuguese-welfare.html.
- Wainwright, Hilary (2019):** «Innerhalb der EU und gegen sie.» Bilanz der portugiesischen Anti-Austeritätsregierung – und was sie für Großbritannien bedeutet, in: LuXemburg Online, Juni 2019, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/innerhalb-der-eu-und-gegen-sie/.